



Vielfalt heisst gleiche Rechte für alle

Drohkulisse 10-Millionen-Schweiz: Ressourcenknappheit, Umweltzerstörung und chaotisches Weltgeschehen lösen Migrationsströme aus und bedrohen die nationale Sicherheit? Von wegen! Bereits jetzt verbraucht die Bevölkerung so viele Ressourcen, wie wenn 22 Millionen Menschen in der Schweiz wohnen würden. In anderen Worten: Unser ökologischer Fussabdruck liegt aktuell bei einem Äquivalent von 2,8 Erden! Auch wenn der Überbevölkerungsmythos einmal mehr bemüht wird, ist das Aufwärmen von Bedrohungsszenarien nichts anderes als eine erneute Selbstvergewisserung des «Swiss Way of Life».

Die «10 Millionen» sind also schon übertroffen und zeigen sich in unserem selbstverständlichen Überkonsum. Das Erfolgsrezept dahinter liegt im Absichern des imperialen Kapitalverhältnisses, im System der internationalen Arbeitsteilung und des Ressourcenextraktivismus. Wertschöpfungsketten nennt sich das heute, und im Optimieren darin gehören wir zu den Besten. Ein anschauliches Beispiel ist die schweizerische Wertschöpfungsweltmeisterin, die Pharma-Industrie, die hochpreisige Spezialmedikamente für den Export produziert, während essenzielle Alltagspharmaka knapp sind. Wirklich benötigte Alltagsgüter müssen also irgendwo anders produziert und importiert werden: Hauptsache, die Rechnung geht auf. Andererseits sind es die unverzichtbaren und arbeitsintensiven Branchen, welche beispielsweise auf Care-Arbeit angewiesen sind und ohne die «importierte» migrantische Arbeitskraft gar nicht funktionieren würden. Das Erfolgsmodell hinter dem Erfolgsrezept sind die unsichtbaren Ausbeutungsverhältnisse: Ausbeutung der Arbeiter:innen im Ausland und der migrantischen Arbeiter:innen in der Schweiz. Chancengerechtigkeit geht anders!

Wer ist Schweiz?

Migrant:innen kommen im «Sonderfall Schweiz» nicht vor. Daher wollte die Gewerkschaft Unia mit dem Slogan «Ohne uns keine Schweiz!» schon in früheren Kampagnen sichtbar machen, dass die sich künftig angeblich bis zu 10 Millionen aufsummierenden «Massen» schon längst da sind. Einerseits würde die Volkswirtschaft ohne diese unsichtbaren Migrant:innen gar nicht erst funktionieren – sei es wegen ihres Beitrags als Hilfsarbeitende in der Landwirtschaft, als Fachkräfte in der Pflege oder als hochqualifizierte Spezialist:innen. Viele von ihnen sind in Branchen tätig, die wir seit der Corona-Krise als systemrelevant bezeichnen. Andererseits gibt es eine Gruppe von «Migrant:innen» nur in den gesellschaftlichen Verhältnissen, die sie zu solchen machen. Ohne Migrant:innen würde die Schweiz nämlich gar nicht existieren: In den Schweizer Städten hat heute rund ein Drittel der Bevölkerung keinen Schweizer Pass und mehr als die Hälfte eine Migrationsgeschichte.

Der Diskurs der Fremdmachung wirkt daher nicht nur aufs Migrationsregime, sondern hat sich tief ins Gefüge der Schweizer Gesellschaft eingewoben und bestimmt wiederum ein Selbstverständnis darüber, wer zur Schweiz gehört und wer nicht. Obwohl die Schweiz längst ein neues Gesicht hat, die postmigrantische Vielheit und transnationale Verbindungen unwiderrufliche gesellschaftliche Realitäten gezeichnet haben, ziehen sich immer neue Grenzen quer durch den Lebensalltag von Migrant:innen in der Schweiz. Sie zeigen sich beispielsweise bei der Wohnungssuche von Menschen mit angeblich untypischem Namen, bei der Berufsausführung mit Kopftuch oder beim Witze

reissen im Schulhof. Diese unsichtbaren Barrieren ziehen sich weiter bis in die institutionelle Politik und in die Medien.

Der Preis der Wettbewerbsfähigkeit

Weshalb ist es so schwierig, eine Debatte über eine vielfältige und demokratische Schweiz zu führen? Die neoliberale Globalisierung hat die Landesgrenzen für Güter durchlässiger und für Menschen hochselektiv gemacht. Fürs Kapital wiederum gelten die Regeln des internationalen Marktes. Zentral ist also, dass der Schweizer Wohlstand eng mit dem hochselektiven Zugang zum nationalen Arbeitsmarkt verbunden ist, welcher über die Jahre in die Erzählung des Erfolgsmodells einer unabhängigen Schweiz eingepflügt wurde. Dies gelang und gelingt weiterhin durch das Beschwören der Angst vor Wohlstandsverlust – das entsprechende Schlagwort: die Wettbewerbsfähigkeit.

Auf der anderen Seite führte die Migrationspolitik des 20. Jahrhundert die Verknüpfung von Beschäftigung und Aufenthaltsrecht ein, wodurch individualistische Aufstiegsmöglichkeiten geschaffen wurden – in anderen Worten «teile und herrsche». Dadurch sind Migrant:innen und ihre Nachkommen, Sans-Papiers, Asylsuchende, Second@s oder People of Color bei der Mitgestaltung der Gesellschaft sehr unterschiedlich eingeschränkt – oder gar davon ausgeschlossen. Ein Viertel der Schweiz hat kein Wahl- und Stimmrecht. Geflüchtete erfahren Isolation in Durchgangszentren. Sans-Papiers haben Angst vor Ausschaffung, ihre Bewegungsfreiheit ist eingeschränkt. Der Migrationsdiskurs schafft also die materielle Basis für graduellen gesellschaftlichen Ausschluss und Ausbeutung im Arbeitsmarkt.

Die Gemeinschaft der Zukunft

Lassen wir uns nicht täuschen: Immer, wenn globale Veränderungen den politischen und ökonomischen Status quo herausfordern, imaginiert und reguliert die Schweiz ihre guten und schlechten Migrant:innen. Gleiche Rechte für alle heisst, Migration und Vielfalt als gesellschaftliche Tatsache anzuerkennen. Das heisst auch: Um als Gesellschaft tatsächlich Verantwortung für globales Unrecht, Ungleichheit und Wohlstandsgefälle zu übernehmen, müssten sich das öffentliche Bewusstsein und die politischen Institutionen der Schweiz für die globalen Verflechtungen, soziale Vielheit und Chancengerechtigkeit öffnen, statt den «Sonderfalls Schweiz» weiter zu pflegen.

Gerade weil sich die Schweiz bis heute nicht als Einwanderungsland versteht, gibt es auch keine öffentlich geteilte und verbindende Erinnerungskultur. Lieber beruft man sich auf erfundene Mythen wie das Rütli oder den ersten August, oder dann höchstens auf die eigene Auswanderungsgeschichte. Wir müssen also die Logiken von getrennten und einander gegenübergestellten Geschichten durchkreuzen und eine gemeinsame Sprache finden, die einen Neuentwurf des Schweizer Selbstverständnisses aufzeigt. Statt Entfremdung durch Konkurrenz müssen wir die alltäglichen Verbindungen wieder neuentdecken. Deshalb braucht es Geschichten und Erzählungen, in welchen die Erfahrungen aller Menschen vorkommen. Genau unter diesen Bedingungen entstehen die Grauzonen, in welchen wir die Umriss einer Gemeinschaft der Zukunft erkennen können.

Repräsentationspolitik durch Demokratisierung

Repräsentationspolitik heisst zuallererst, Resonanzräume zu schaffen, in welchen eine starke Verbindung zu verschiedenen, alltagsnahen, sozialen Kämpfen aufgebaut wird, in denen es um gleiche Rechte für alle geht. Weiter bedeutet Repräsentationspolitik, dass jene Menschen, die unsere Gesellschaft tagtäglich mittragen, auch sichtbar und hörbar sind – in den Institutionen, in den Medien, in den Gewerkschaften und in der Politik. Migrant:innen und Menschen mit Migrationsgeschichte sind in der Schweiz keine Randfiguren, sondern zentraler Bestandteil des

gesellschaftlichen Lebens. Dennoch bleiben sie in den politischen Entscheidungsstrukturen weitgehend unsichtbar. Diese Unsichtbarkeit ist kein Zufall, sondern Ausdruck eines Selbstverständnisses, das Vielfalt zwar anerkennt, aber nicht konsequent in Macht- und Repräsentationsfragen übersetzt.

Echte Repräsentation heisst deshalb nicht bloss, über Migrant:innen zu sprechen, sondern dass sie für sich selbst sprechen und mitentscheiden. Es braucht strukturelle Öffnungen in Parteien, Gewerkschaften und Verwaltungen – sei es durch Diversitätsquoten, gezielte Förderung oder den Abbau bürokratischer und kultureller Hürden. Repräsentationspolitik darf nicht bei symbolischer Vielfalt stehen bleiben – sie muss die Institutionen selbst verändern. Eine transformatorische Politik bedeutet daher, Macht neu zu verteilen, die Kultur der Institutionen neu zu definieren und neue Vorstellungen eines guten Lebens gemeinsam für alle zu entwickeln – unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus.

Mitbestimmung als Ausgangspunkt

Nebst der Öffnung in den bestehenden Systemen gibt es aber auch die Möglichkeit, neue Räume und Mittel für Repräsentation zu schaffen. Denn, selbst wenn Menschen mit Migrationsgeschichte in Parlamenten und Parteien gefördert und gestärkt werden, bleibt das grösste Problem weiterhin bestehen: Viele von ihnen haben ohne Schweizer Staatsbürgerschaft gar keine Chance, direkt repräsentiert zu werden. Die konkreteste Lösung, um dieses Problem zu überwinden, wäre die Einführung des «Ausländer:innenstimm- und Wahlrechts», wie es in den Kantonen Jura und Neuenburg oder auch in einigen Gemeinden bereits zur Anwendung kommt.

Darüber hinaus kann ein separates Gremium für Migrant:innen mehr Repräsentation schaffen, wie es die Stadt Zürich eingeführt hat oder es in Deutschland gängig ist. Dort existieren auf kommunaler Ebene bereits in den allermeisten grösseren Gemeinden sogenannte «Integrationsräte», in welchen spezifisch nur Menschen mit Migrationsgeschichte wählen und gewählt werden können. Diese Räte haben eine beratende Rolle, können aber dem Gemeindeparlament auch eigene Anliegen unterbreiten.

Fazit

Es geht um mehr als Sichtbarkeit. Repräsentationspolitik ist ein demokratisches Projekt. Wenn grosse Teile der Bevölkerung von der demokratischen Teilhabe ausgeschlossen sind, bedeutet das ein Auseinanderfallen von gesellschaftlicher Realität und kollektiven Machtverhältnissen – dieser Prozess läuft dem Demokratieverständnis entgegen, ist also grundlegend antidemokratisch. Doch ans Bürgerrecht ist viel mehr geknüpft als eine gleichberechtigte Partizipation. Es ist eine Verbriefung der vollwertigen Teilhabe an der Gemeinschaft. Ziel ist es also, das bürgerliche Verständnis von Demokratie hin zu einer partizipativen und inklusiven Demokratie zu transformieren. Dazu benötigt es unter anderem einen Paradigmenwechsel in der Einbürgerungspolitik, wie es die Demokratie-Initiative fordert.

Eine gemeinsame Zukunft entsteht nicht von selbst – sie muss politisch ermöglicht werden. Dafür braucht es auch von der SP den Mut zur Öffnung für mehr Sichtbarkeit und für eine neue Generation, die Zugehörigkeit selbstverständlich neu denkt. Die SP muss als politische Kraft die offizielle Schweiz dahin bewegen, dass sie sich selbst als Migrationsgesellschaft anerkennt und das demokratische Selbstverständnis entsprechend weiterentwickelt. Nur so kann aus Vielfalt gelebte Demokratie werden.